



Juni 2016

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

in den letzten drei Monaten seit Erscheinen des Newsletters 1/2016 fanden zahlreiche Aktivitäten rund um die gesundheitliche Versorgung geflüchteter Kinder und Jugendlicher statt.

Außerdem wurden weitere Sitzungen der sog. Zukunftskommission der DAKJ durchgeführt, die sich nun in einer neuen Phase befindet.

Zukunft der flächendeckenden Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Die Unterstützung durch das wissenschaftliche Institut der Universitätsmedizin Greifswald (Abteilung Versorgungsepidemiologie & Community Health) lief Ende Mai 2016 aus, da das Bundesgesundheitsministerium leider keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Das Institut erstellt gerade einen Abschlussbericht, der später einzusehen sein wird.

Es wurde außerdem diskutiert, ob ein Antrag beim Innovationsfonds des G-BA eingereicht werden kann. Hierzu gibt es noch keine klaren Ergebnisse.

Von der Steuerungsgruppe der DAKJ-Zukunftskommission wurde nun eine sog. „neue Arbeitsgruppe“ mit 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beschlossen, die auf der Grundlage der Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen weiterarbeitet.

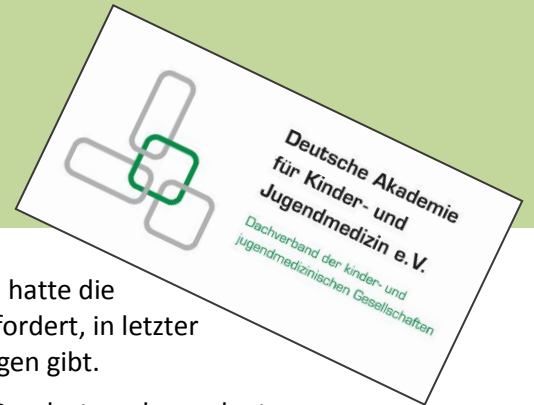
Prof. Dr. Manfred Gahr, Generalsekretär der DAKJ: „Ich danke den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgruppen für Ihre Unterstützung und allen voran den Arbeitsgruppensprechern für das Engagement, das sich in den Arbeitsgruppen-Konzepten widerspiegelt.“

Auch auf der Grundlage dieser Konzepte formuliert die „neue Arbeitsgruppe“ derzeit ausgewählte politische Forderungen der (konservativen und operativen) Kinder- und Jugendmedizin für die Bundestagswahl 2017.

Prävention von Nikotinmissbrauch und Passivrauchexposition (Kommission Kinderschutz)

Prof. Gahr und **Dr. Herrmann** trafen sich am 9. Mai 2016 mit der **Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler** im Gesundheitsministerium, um über die Stellungnahme der **DAKJ-Kinderschutz-Kommission** „[Forderung eines Rauchverbots in Autos mit Kindern](#)“ (Autor: Dr. med. Bernd Herrmann, Kassel) zu sprechen.

Bei diesem Austausch warb Dr. Herrmann intensiv für die Forderung der DAKJ-Kinderschutzkommission, ein Rauchverbot in Autos bei mitfahrenden Kindern und Jugendlichen einzuführen. Zwar schätzte Frau Mortler die Sachlage ebenso ein, betonte aber, dass sie gegenwärtig kein geeignetes politisches Zeitfenster sehe, um diese Forderung durchzusetzen.



Als dringlicher schätzte Mortler im Moment die Verabschiedung der gesetzlichen Neuregelung für ein **Zigarettenwerbeverbot** ein. Dieses hatte die DAKJ in Briefen an die Politik und in Pressemitteilungen ebenfalls gefordert, in letzter Zeit wiederholt, da es scheinbar noch vereinzelt Widerstände hiergegen gibt.

Anlässlich des Nichtraucher-tages haben wir an die Presse sowie die Bundestagsabgeordneten zu diesem Thema eine [Pressemitteilung](#) gesendet.



(v.l.n.r.: Marlene Mortler, Prof. Manfred Gahr, Dr. Bernd Herrmann)

Mit Frau Mortler vereinbarten wir enge Zusammenarbeit, insbesondere auch in Bezug auf die geplante Kampagne der Suchtbeauftragten gegen Rauchen im Auto, wenn Minderjährige mitfahren.

Auf dem Jahresempfang der Bundesdrogenbeauftragten am 9. Juni konnten entsprechend weitere gute Kontakte geknüpft werden mit dem Ziel einer besseren Suchtprävention. Am gleichen Tag stellte Mortler auch den [Suchtbericht der Bundesregierung](#) vor.

(Hinweis: Am 9.11.2016 findet die Tagung „[Generation internetsüchtig](#)“ der Drogenbeauftragten in Berlin statt.)

Petition Bundeskinderbeauftragter – ein Jahr nach der öffentlichen Anhörung

Da vor rund einem Jahr (am 15. Juni 2016) die öffentliche Anhörung zu unserer Petition für die Einsetzung einer bzw. eines Kinderbeauftragten des Bundestages stattfand, wir aber immer noch keine finale Positionierung der CDU/CSU und der SPD hierzu erhalten haben, hat Herr Prof. Gahr einen [offenen Brief an die Abgeordneten](#) des Bundestages und die Presse gesendet. Leider gibt es noch keine Reaktionen. Sehr aktuell berichten wir wie gehabt auf unserer [Facebook-Aktionsseite](#) zur Petition.



Wir sammeln weiter [Unterschriften](#) und freuen uns über Ihre Unterstützung!

Termine mit Abgeordneten zur gesundheitlichen Versorgung minderjähriger Flüchtlinge

In den letzten Monaten trafen wir uns mit Bundestagsabgeordneten aus den Regierungsparteien, die gegen das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz gestimmt hatten, das eine schnellere Abschiebung kranker Menschen (gerade auch mit posttraumatischen Belastungsstörungen) vorsieht. (Zur Erinnerung: Zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hatten wir auch eine [Stellungnahme der DGKJP](#) unterstützt.)

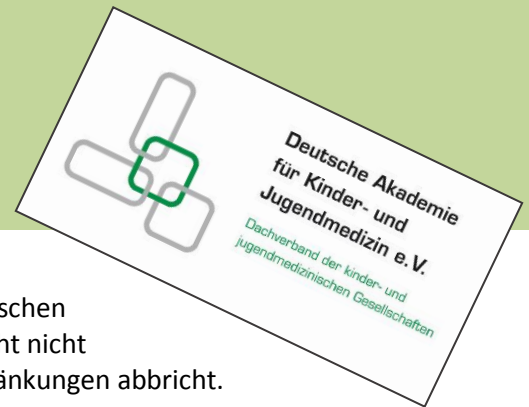
Diese Abgeordneten hatten wir als potentielle Verbündete innerhalb der Koalition ausgemacht und deshalb angeschrieben. Da hiergegen ausschließlich einzelne Abgeordnete der SPD stimmten, trafen wir diesmal nur sozialdemokratische Abgeordnete.

In den Gesprächen mit MdB **Karamba Diaby** (Innenpolitik), **MdB Christoph Strässer** (ehemaliger Menschenrechtsbeauftragter, Ausschuss für Menschenrechte), **MdB Daniela Kolbe** (Arbeit und Soziales), **MdB Svenja Stadler** (Bildung und Forschung) und **MdB Lars Castellucci** (Inneres) setzten Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman und K. Jackel-Neusser je nach Gesprächspartner jeweils unterschiedliche Akzente. Über alle Gespräche hinweg warben wir dabei aber für eine bessere Gesundheitsversorgung insbesondere für chronisch kranke, behinderte und seelisch kranke minderjährige Flüchtlinge sowie für die verbindliche bundesweite Einführung einer Krankenkassenkarte (siehe auch unsere [Pressemitteilung](#) hierzu). Thema der Gespräche waren auch die Asylpolitik der Koalition und insbesondere der Aspekt des zunehmend unmöglichen Familiennachzugs, auch bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, sowie das geplante Integrationsgesetz.

Stellungnahme der DAKJ zum Integrationsgesetz

Relativ kurzfristig reichten wir eine innerhalb des Vorstandes des DAKJ koordinierte [Stellungnahme zum Integrationsgesetz](#) anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 20.06.2016 ein, die darüber hinaus auch von der DGKJP mitgetragen wurde.

Hierin brachten wir zum Ausdruck, dass die Grundvoraussetzung dafür, dass ein Mensch Integrations- bzw. Sprachkurse besuchen kann, eine Ausbildung machen oder eine Arbeit aufnehmen kann ist, dass es ihm körperlich und seelisch ausreichend gut geht.



Leidet ein Mensch beispielweise unter einer chronischen, einer seelischen Erkrankung oder unter einer Behinderung, so darf er aus unserer Sicht nicht sanktioniert werden, wenn er Maßnahmen auf-grund seiner Einschränkungen abbricht.

Hierzu formulierten wir entsprechend einige Argumente und fokussierten uns dabei nur auf wenige Aspekte, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass unsere Argumente auch wirklich zu den Abgeordneten vordringen.

Zu dem Aspekt der *Dolmetscherkosten* schrieben wir u.a. dies:

„Die Klarstellung hinsichtlich der Übernahme von Dolmetscherkosten beim Umgang mit Sozialbehörden – wie ursprünglich durch § 17 Abs. 2a SGB I des Referentenentwurfes intendiert – war sehr zu begrüßen. Leider fehlt diese Regelung nun im Gesetzentwurf, was wir sehr bedauern.“

Engagement für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Nachdem wir von Herrn Prof. von Voss einen Hinweis erhalten hatten, recherchierte Frau Jackel-Neusser die Thematik der über 300 ungerechtfertigt an den deutschen Grenzen abgeschobenen UMF (allein im Zeitraum vom 1.1. bis 31.3.2016!), [siehe hier diese Berichte](#). Diese Jugendlichen wurden abgewiesen mit der fadenscheinigen Begründung, sie hätten „kein Schutzersuchen“ gestellt – gegen geltendes Recht.

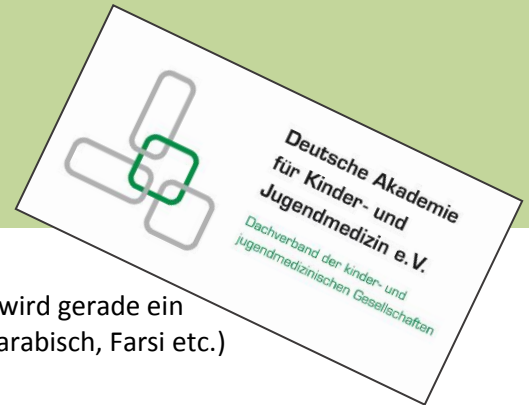
Im Folgenden schrieb Prof. Gahr einen Brief an folgende zuständige Politiker:

- die Bundeskanzlerin
- den Bundespräsidenten
- den Bundesinnenminister
- die Bundesfamilienministerin
- die Bayerische Staatsministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
- den Bayerischen Ministerpräsidenten
- den Bayerischen Staatsminister für Inneres
- die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration
- die Parteivorsitzenden
- die Fraktionsvorsitzenden
- alle familien- und innenpolitische Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien

[Hier](#) können Sie den versendeten Brief einsehen. (Die Antworten hierauf werden wir Ihnen dort auch noch einstellen und Sie im nächsten Newsletter darauf hinweisen.)

Informationsblätter zur Registrierung von neugeborenen Flüchtlingen nach der Geburt und zur Beantragung eines Krankenversicherungsnachweises

Nach Bekanntwerden des Umstands, dass in Berlin, aber auch in anderen Kommunen des Bundesgebietes, sehr viele neugeborene Flüchtlingskinder nach der Geburt erst einmal keine Geburtsurkunden (Identitätsnachweis) erhalten, haben Frau Dr. Jäger-Roman, die stellvertretende Generalsekretärin der DAKJ, im Schulterschluss mit Dr. Theodor Michael (DGSPJ) und Vertretern des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) in Gesprächen mit den Zuständigen im Berliner Innensenat die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausstellung einer Geburtsurkunde oder eines Auszuges aus dem Geburtenregister für Neugeborene von Flüchtlingen ohne Papiere geklärt. Dies kann bis zu einem Jahr dauern.



Über die notwendigen Schritte zur Registrierung der Neugeborenen wird gerade ein Flyer erstellt, der in Kürze in mehreren Sprachen (deutsch, englisch, arabisch, Farsi etc.) veröffentlicht wird.

Wir werden hierzu bald mehr Informationen und alle Flyer auf unserer Homepage einstellen und dann hierauf hinweisen, so dass diese weitergeleitet werden können.

Gemeinsame Stellungnahme zum Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Unter dem Dach der DAKJ wurde zum Referentenentwurf des BMAS für ein Bundesteilhabegesetz anlässlich der öffentlichen Anhörung eine [Stellungnahme der pädiatrischen Fachverbände DGSPJ, DGKJ und BVKJ](#) (bei Federführung der DGSPJ) koordiniert. Auch die DGKJP reichte eine [Stellungnahme](#) zu dieser Anhörung ein.

Informationsgespräch mit den pädiatrischen Delegierten des Deutschen Ärztetags

Auch in diesem Jahr lud die DAKJ anlässlich des Deutschen Ärztetags die pädiatrischen Delegierten des Ärztetages zum Informationsgespräch ein. Die DAKJ fungierte dabei als Informations- aber auch als Vermittlungsorgan, um kinder- und jugendmedizinische Themen zu besprechen. Im Vorfeld sind Themen von den kinder- und jugendmedizinischen Gesellschaften und Verbänden eingegangen, die von den Delegierten diskutiert und zu Anträgen formuliert wurden.

Hierzu eine Zusammenstellung von Julijana Petek, DAKJ:

Folgende Anträge wurden auf dem Ärztetag von pädiatrischen Delegierten eingereicht:

Chancengleichheit

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert Bund und Länder auf, bessere Angebote zur frühen Förderung, Bildung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren in allen Regionen Deutschlands zu schaffen, um Krankheiten zu verhüten und die Chancengerechtigkeit insbesondere sozioökonomisch benachteiligter Kinder sicherzustellen.

Ergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Familiennachzug für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ermöglichen

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesregierung auf,

- die Einschränkungen des Familiennachzugs für Flüchtlingskinder wieder rückgängig zu machen und eine Familienzusammenführung zu ermöglichen,
- geflüchtete Frauen und Flüchtlingskinder vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen wirksam zu schützen.

Ergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlingskinder

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Gesundheitskarte gemäß Kinderrechtskonvention für Kinder und Jugendliche verbindlich und flächendeckend eingeführt wird, um bürokratische Hindernisse schnellstmöglich zu beseitigen.



Ergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Kinder vor Tabakrauch schützen

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesregierung auf,

- ein strafbewehrtes Rauchverbot in PKW einzuführen, wenn Kinder und Jugendliche mitfahren;
- Tabak- bzw. Zigarettenwerbung (auch für E-Zigaretten) im Außenbereich flächendeckend und baldmöglichst (also vor 2020, wie von der Bundesregierung geplant) zu verbieten;
- das Sponsoring politischer Veranstaltungen durch die Tabak- bzw. Zigarettenindustrie zu verbieten, um so die Beeinflussbarkeit der Politikerinnen und Politiker zu begrenzen.

Ergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Operative Eingriffe an Kindern nur durch Ärzte und nur in Analgesie

Der 119. Deutsche Ärztetag 2016 fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass operative Eingriffe jeglicher Art bei Neugeborenen, Säuglingen und Kindern aller Altersgruppen grundsätzlich nur unter effektiver Sedierung und Schmerzausschaltung durch einen Arzt durchgeführt werden dürfen.

Ergebnis: Der Antrag wurde angenommen.

Die Anträge Institutionen für transkulturelle Pädiatrie und globale Kindergesundheit auch in Deutschland schaffen und Keine Pränataldiagnostik ohne kinder- und jugendärztliche Beratung wurden **vorstandsüberwiesen**.

Mit dem Antrag Richtlinien für Social Freezing hat man sich, vermutlich aus Zeitgründen, **nicht befasst**.

Auch im vergangenen Jahr wurden zwei Anträge der Kinder- und Jugendmedizin vorstandsüberwiesen. Hier sind die Ergebnisse zu den Beratungen:

Weiterbildung von Kinder- und Jugendärzten in Anlehnung an die Weiterbildungs-förderung von Allgemeinmedizinern (siehe S. 25 der *Beratungsergebnisse 2014-2015*); (Drucksache IV – 20) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer am 26.06.2015,

Beschluss des Vorstands: Die Forderung spiegelt die Politik der Bundesärztekammer wider; Beratung im zuständigen Fachgremium.

Ergebnis: *Die Weiterbildungsgremien unterstützen die Forderung der Antragsteller, die ambulante Weiterbildung in Kinder- und Jugendmedizin analog der Allgemeinmedizin finanziell zu fördern. Das Thema ist Gegenstand der Beratungen in der AG „Finanzierung der ambulanten Weiterbildung“.*

Schulgesundheitschwestern etablieren (siehe S. 46 der *Beratungsergebnisse 2014-2015*); (Drucksache VI – 114) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer am 26.06.2015, Beschluss des Vorstands: Beratung im zuständigen Fachgremium (Fachberufe).

Ergebnis: *Das Konzept „Schulgesundheitschwestern“ soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses „Medizinische Fachberufe“ im Frühjahr 2016 unter Einbezug einer am Projekt beteiligten Ärztin vertieft beraten werden.*



(Alle Beratungsergebnisse des Deutschen Ärztetags 2014-2015 finden Sie [hier.](#))

Fazit: Der gemeinsame Austausch auf dem Gespräch der pädiatrischen Delegierten, nicht nur zu den Themen der eingereichten Anträge sondern auch darüber hinaus, und v.a. die daraus entstandenen Ergebnisse waren sehr erfolgreich.

Dies ist insbesondere Herrn **Dr. Helmut Peters** (Mainz) zu verdanken, der dafür gesorgt hat, dass die entstandenen Ergebnisse im Nachgang des Informationsgesprächs auch ordentlich formuliert beim Deutschen Ärztetag eingereicht wurden.

Zur Kommissionsarbeit der DAKJ ([hier](#) zu den aktuellen Informationen)

Kommission für Weiterbildungs- und Strukturfragen

Die Bundesärztekammer (BÄK) hat Anfang Juni die Version 2 der Novellierung der Musterweiterbildungsordnung (MWBO) vorgestellt.

Diese Version ist jetzt auf der Plattform BÄK WIKI einsehbar. Alle Fachgesellschaften erhalten die Möglichkeit, diese Version in einem Workshop mit der BÄK zu beraten und zu überarbeiten. Der Workshop für die Kinder- und Jugendmedizin wird voraussichtlich im September stattfinden. Anschließend wird auch die Kommission für Weiterbildungs- und Strukturfragen der DAKJ Beratungen dazu durchführen.

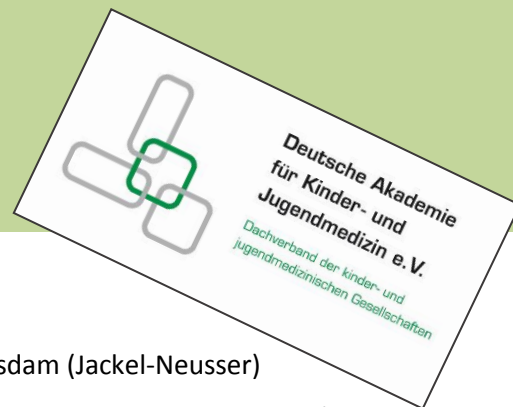
(Bei Nachfragen zur Kommissionsarbeit können Sie auch wenden an Katarzyna Paul, siehe unten)

Kommissionssitzungen

- 21.04.2016 Impfkommision
- 16.06.2016 Kommission Jugendmedizin

DAKJ-Zukunftskommission

- 05.04.2016 Zukunftskommission AG 3, Berlin (Prof. Gahr)
- 05.04.2016 Treffen der AG-Vertreter (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman)
- 06.04.2016 Steuerungsgruppe, Berlin (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman, Prof. Straßburg)
- 20.06.2016 neue Zukunfts-AG, Berlin (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman)
- 22.06.2016 Zukunftskommission AG 2, Berlin



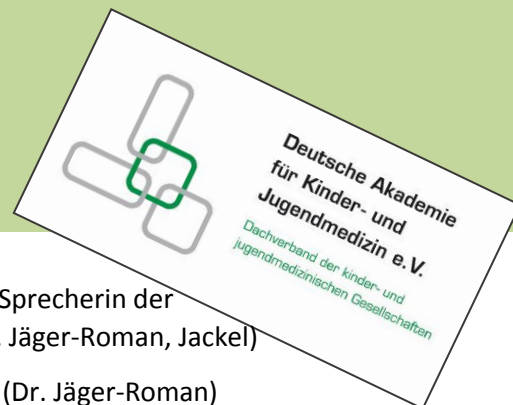
RÜCKBLICK

Politische Termine

- 20.04.2016 Kindergesundheitskonferenz Brandenburg 2016, Potsdam (Jackel-Neusser)
- 25.04.2016 Tagung "eHealth – Die digitale Kommunikation im Gesundheitswesen" der CDU/CSU-Fraktion, Berlin (Jackel-Neusser)
- 27.04.2016 Termin mit MdB Kolbe zu Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, Berlin (Prof. Gahr, Jackel-Neusser)
- 27.04.2016 Termin mit MdB Strässer zu Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, Berlin (Prof. Gahr, Jackel-Neusser)
- 28.04.2016 Termin mit MdB Diaby zu Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, Berlin (Prof. Gahr, Jackel-Neusser)
- 09.05.2016 Austausch mit der Drogenbeauftragten Frau Mortler zum Thema „Tabakwerbeverbot / Rauchen in PKW“, Berlin (Prof. Gahr, Dr. Hermann (Kassel), Jackel-Neusser)
- 9.05.2016 Termin mit MdB Stadler, Obfrau SPD Bürgerschaftliches Engagement, zu Asylgesetzen Berlin (Prof. Gahr, Jackel-Neusser)
- 10.05.2016 Themennetzwerk Flüchtlingskinder der National Coalition (Dr. Jäger-Roman, Jackel)
- 30.05.2016 Fachtagung „Selbstbestimmt und mittendrin – das Bundesteilhabegesetz kommt!“ der SPD-Bundestagsfraktion (Jackel-Neusser)
- 08.06.2016 Öffentliche Anhörung zur medizinischen Versorgung Geflüchteter, Gesundheitsausschuss, Berlin (Jackel-Neusser)
- 09.06.2016 Empfang der Bundesdrogenbeauftragten Mortler, Berlin (Jackel-Neusser)
- 10.06.2016 Treffen mit MdB Castellucci, Berlin (Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 15.06.2016 Kinder aus Flüchtlingsfamilien in der Kita – Herausforderungen und Chancen, Veitshöchheim (Prof. Straßburg)

Interne bzw. kinder- und jugendmedizinische Termine der Vertreter der DAKJ

- 17.-18.03.2016 Kongress Armut und Gesundheit 2016, Berlin (Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 18.04.2016 BVPK Mitgliederversammlung, Berlin (Dr. Horacek)
- 24.05.2016 DAKJ-Vorstandssitzung, Hamburg (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman, Prof. Straßburg)
- 24.05.2016 DAKJ-Mitgliederversammlung, Hamburg (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman, Prof. Straßburg)
- 24.05.2016 Informationsgespräch der DAKJ zum Dt. Ärztetag, Hamburg (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman, Prof. Straßburg)
- 03.06.2016 BVKJ-Kooperationspartnertag, Berlin (Paul, Petek, Jackel-Neusser)



AUSBLICK

- 23.06.2016 Austausch mit MdB Mattheis (gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion) zum Integrationsgesetz (Dr. Jäger-Roman, Jackel)
- 23.06.2016 Arbeitskreis Menschenrechte im SPD-Parteivorstand (Dr. Jäger-Roman)
- 05.07. 2016 Gespräch mit Dr. med. Kirsten Reinhard, Arbeitsstab der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 05.07.2016 Gespräch mit der Leiterin der Koordinierungsstelle des Kindernetzwerks Frau Rolfes (Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 06.07.2016 Fachveranstaltung des ASB zum Bundesteilhabegesetz (Jackel-Neusser)
- 06.07.2016 CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Fachgespräch "Die ersten 1000 Tage " (Jackel-Neusser)
- 07.07.2016 Kommission Frühe Betreuung und Kindergesundheit, Berlin, 10:30-13:00
- 09.07.2016 APK-Symposium Psychische Gesundheit /gelingende Integration (Dr. Jäger-Roman)
- 14.07.2016 Austausch mit Frau Schwaiger, Bereichsleitung private Förderer / öffentliche Partner / Stiftungen bei SOS Kinderdörfer international; Berlin (Dr. Jäger-Roman, Jackel)
- 15.07.2016 Ethikkommission; Berlin 9-14 Uhr (Prof. Straßburg)
- 28.09.2016 Parlamentarisches Frühstück der DAKJ im Bundestag, 7.30-9 Uhr
- 07.11.2015 Treffen DAKJ und DGKJP; Berlin 11:00-13:00
- 09.11.2016 Ausbildungskooperation BVKJ und Allgemeinmedizin; Düsseldorf (Prof. Gahr)
- 11.11.2016 Kommission Frühe Betreuung und Kindergesundheit; Berlin
- 11.11.2016 DAKJ-Vorstandssitzung; Berlin 9-14 Uhr
- 12.11.2016 Mitgliederversammlung der DAKJ; Berlin 9-14 Uhr
- 25.11.2016 Kooperationstagung Frühe Hilfen; Berlin

Inhaltliche Rückmeldungen zum Newsletter an Kathrin Jackel-Neusser: jackel-neusser@dakj.de

Bestellen des Newsletters unter kontakt@dakj.de

Gesetzlicher Vorstand der DAKJ

Generalsekretär: Prof. Dr. med. Manfred Gahr

Stellvertreterin des Generalsekretärs: Dr. med. Elke Jäger-Roman

2. Stellvertreter des Generalsekretärs und Schatzmeister: Prof. Dr. med. Hans-Michael Straßburg

Kontakt zur Geschäftsstelle

Katarzyna Paul und Julijana Petek

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030.4000 588-0

Fax: 030.4000 588-8

E-Mail: kontakt@dakj.de

Referentin politische Kontakte/Öffentlichkeitsarbeit

Kathrin Jackel-Neusser

Tel.: 030.4000 588-3

E-Mail: jackel-neusser@dakj.de